Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 28. April 2001 | 111. Jahrgang Nr. 31.299

Rodríguez Giavarini in Berlin

Außenminister kritisiert Handelsbeschränkungen / Schröder-Besuch bestätigt

Argentiniens Außenminister Adalberto Rodríguez Giavarini hat seinen zweitägigen Aufenthalt zu Wochenbeginn in Berlin als „positiv“ bewertet. Bei der Rückkehr nach Buenos Aires am Mittwoch zeigte sich Giavarini „zufrieden mit den Gesprächen“ in der deutschen Hauptstadt. Bestätigt wurde dabei auch der Argentinien-Besuch von Bundeskanzler Gerhard Schröder, der am 30. August zu einem zweitägigen Aufenthalt in Buenos Aires eintreffen wird.

Am Dienstag war der Außenminister in Berlin mit seinem deutschen Amtskollegen Joschka Fischer zusammengetroffen. Im Mittelpunkt des „ausführlichen Meinungsaustauschs“ der beiden Politiker habe der in der Vorwoche beendete ALCA-Gipfel in Quebec sowie die Freihandelsverhandlungen zwischen der EU und dem Mercosur gestanden, hiess es aus dem Sitz des Aussenministeriums in Buenos Aires, dem Palacio San Martín. Giavarini war von Quebec aus direkt nach Berlin gereist.

Außenminister unter sich: Adalberto Rodríguez Giavarini und Joschka Fischer.

(dpa-Foto)

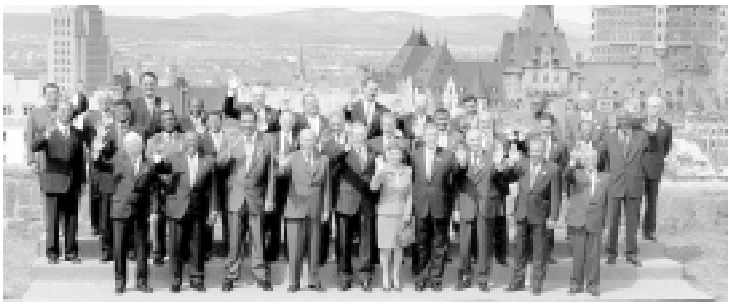
Er habe Fischer in Berlin gebeten, „schnellstmöglich wieder argentinische Fleisch-Exporte ins Land zu lassen“, erklärte Giavarini. Von der „Bitte“ ausgenommen sei jedoch das als Krankheitsüberträger vor allem für BSE so genannte „Fleisch am Knochen“. Er habe Fischer auch da-rauf hingewiesen, dass Argentinien die von der EU geforderten sanitären Standards nach dem Autreten von bislang 291 MKS-Fällen im Land mittlerweile sogar „übertreffe“, sagte der Aussenminister nach seiner Rückkehr.

Das Treffen mit Fischer war der Höhepunkt der Kurzreise Giavarinis, der aus Anlass eines internationalen Wirtschaftsforums in die deutsche Hauptstadt gekommen war. Am Rande der Tagung traf Giavarini auch mit dem Chef der Welthandelsorganisation (WTO), Mike Moore, zu-sammen.

Vor Politikern und Wirtschaftlern kritisierte Giavarini dabei einen „von den Industrieländern implementierten Agrarschutz durch das GATT“. Dieser behindere das Wachstum unserer Wirschaft, sagte der Aussenminister. Die Exportsubventionen auf Agrarprodukte durch die Industrieländer müssten „mit allen Beteiligten diskutiert“ werden. Argentinien unterstütze daher eine „neue, multilaterale Verhandlungsrunde“, die bei der IV. WTO-Ministerkonferenz im November 2001 in Katar gestartet werden soll.

ALCA-Gipfel ohne Fortschritte

Der dritte Gipfel der 34 Regierungs- und Staatschefs des amerikanischen Kontinents in Quebec, Kanada, verlief am vergangenen Wochenende wie erwartet ohne substantielle Fortschritte. Der erste Gipfel in Miami im Dezember 1994 hatte die Verhandlungen zur Bildung einer Freihandelszone von Alaska bis Feuerland formell eingeläutet. Am zweiten Gipfel in Santiago, Chile, wurden 1998 keinerlei Fortschritte verzeichnet. Unterdessen trafen sich laufend die Unterhändler, die über ein Dutzend verschiedene Sachfragen verhandelten.



Die Handelsminister hatten vor zwei Wochen in Buenos Aires den jüngsten Gipfel von Quebec vorbereitet. Ein bisher geheim gehaltenes Dokument von mehreren hundert Seiten war verabschiedet worden, aber über tausend Vorbehalte zeugten davon, dass keinerlei Einigkeit besteht, wie es zur Freihandelszone auf dem amerikanischen Kontinent kommen soll. In den Medien wird diesbezüglich dauernd kolportiert, dass über 800 Millionen Menschen einen gemeinsamen Wirtschaftsraum bilden, dessen Bruttoinlandsprodukt addiert wird, ebenso der Aussenhandel, als ob solche Zahlen wirtschaftlich relevant wären.

Der Gipfel in Quebec, wo über 20.000 Aktivisten randalierten, so dass die Konferenz hinter Gittern mit Polizeischutz stattfand, bestätigte den Konsens von Buenos Aires hinsichtlich der Fristen für ALCA. Danach sollen die Verhandlungen vor 2005 abgeschlossen und ein Jahr danach von 34 Parlamenten ratifiziert werden. Freilich werden die Verhandlungen nur beendet werden, wenn alle Partner sich in sämtlichen Streitpunkten einig sind. Jedes Land besitzt das Vetorecht. Bei über tausend Vorbehalten ist kaum anzunehmen, dass die Einigkeit bis Ende 2004 verwirklicht werden kann.

In Quebec wurde auch die längst angekündigte Demokratieklausel gebilligt. Sie heisst im Klartext, dass nur Länder, die durch repräsentative Demokratien regiert werden, Mitglieder der Freihandelszone sein können. Ob das im Fall eines Militärputsches oder einer willkürlichen Auflösung des Parlaments wie weiland in Peru unter Fujimori zum Ausschluss des betreffenden Landes von der Freihandelszone führen wird, bleibt dahingestellt. Präsident Hugo Chaves von Venezuela brachte den Vorbehalt vor, dass in seiner Sicht die Demokratie nicht repräsentativ, sondern partizipativ sein müsse, worunter man sich allerlei vorstellen mag. Die Demokratieklausel, die auch im Mercosur gilt, entpuppt sich

somit als eine übliche diplomatische Floskel unklarer Deutung.

Die US-Regierung, die mit Abstand die grösste Wirtschaft des Kontinents vertritt, hat in Quebec die Position ihres Unterhändlers Robert Zoellick nicht geändert. Zoellick hatte in Buenos Aires mitgeteilt, dass die US-Agrarpolitik nicht in ALCA, sondern in der Welthandelsorganisation (WHO) mit Europa und Japan verhandelt wird und dass Antidumpingmassnahmen und andere Restriktionen gegen Importe rein nationale Sache seien, die auch nicht in ALCA behandelt werden würden.

Damit verschloss die US-Regierung ihre Türen zur Öffnung der Märkte zugunsten Lateinamerikas und der Karibik. Das trifft insbesondere die Mercosur-Länder, deren Exporte durch US-Subventionen zugunsten ihrer Landwirtschaft von 32 Milliarden Dollar im Jahr 2000 benachteiligt werden und deren andere zahlreiche Produkte durch US-Massnahmen behindert werden. Die US-Regierung hatte sich in Marrakesch 1995 als Abschluss der Uruguay-Runde im GATT, Vorläufer der WHO, verpflichtet, die Agrarsubventionen abzubauen. Statt dessen wurden neue und höhere Subventionen vergeben, worüber die US-Regierung nicht verhandelt.

Ohne US-Konzessionen erschöpft sich ALCA lediglich als ein Vorstoss von US-Exporteuren, Präferenzmärkte in Lateinamerika und der Karibik zu suchen, wie es ein Gesetz zur Förderung der US-Exporte der Exekutive als Priorität vorschreibt. Die Präferenz bedeutet, dass US-Exporte zollfrei in Lateinamerika und der Karibik eingeführt werden, wogegen die gleichen Produkte aus Europa, Asien und anderen Herkunftsländern die jeweiligen nationalen Zollsätze bezahlen müssen, im Fall Mercosur die Zollsätze der Zollunion.

Kaum dass man sich in Lateinamerika und der Karibik dieses Tricks bewusst wird, dürften die ALCA-Verhandlungen im Sand verenden und sich in nichtssagenden Gipfelkonferenzen erschöpfen, die sicherlich periodisch abgehalten werden, die nächste zu unbestimmten Zeitpunkt in Argentina. Ein Gruppenfoto schliesst die umständliche diplomatische Prozedur zuhanden der Weltöffentlichkeit ab.

Catamarca kassiert Religionsedikt

DAIA mit der Entscheidung Castillos „zufrieden“

Der Gouverneur von Catamarca, Oscar Castillo, hat am Dienstag eine Resolution des Bildungsministeriums der Provinz, in dem der katholische Religionsunterricht zum Pflichtfach an allen öffentlichen Schulen und für alle Kinder erklärt wurde, für ungültig erklärt. Damit folgte die Castillo-Regierung dem Artikel 270 der Provinzverfassung: „Die Provinz garantiert den Religionsunterricht in den Bildungszentren aller Stufen gemäß der Glaubenszugehörigkeit der Schüler immer dann, wenn die entsprechende Religionsgemeinschaft rechtlich anerkannt ist.“ Der Dachverband jüdischer Organisationen in Argentinien (DAIA) hatte zuvor die Provinzregierung der Diskriminierung der jüdischen Gemeinschaft beschuldigt.

In dem jetzt von Castillo unterzeichneten Dekret heisst es, dass „die Regierung von Catamarca mit Datum 24. April die Abschaffung der Resolution des Kultur- und Bildungsministeriums der Provinz - 1566/99- angeordnet hat“, in dem die Fächer „Religion und Religionsunterricht“ in die „Educación General Básica“ (EGB, Allgemeiner Grundunterricht) eingeschlossen werden. Auch wurden die Repräsentanten der in der Provinz gesetzlich anerkannten Religionsgemeinschaften per Dekret aufgerufen, „ihre Meinung zu der Gestaltung des Lehrplans entsprechend der jeweiligen Glaubensgemeinschaft zu äussern“.

Rubén Lejtman, Vorsitzender des Provinzzweiges der DAIA in Catamarca zeigte sich zufrieden. Die Massnahme der Regierung habe zur „Entschärfung der Situation“ beigetrage. Das Dekret sei zugleich ein „wichtiger Schritt“ auf dem Wege zur Lösung eines „grossen Problems“, wonach in öffentlichen Schule seit Jahren „alle Kinder gleichgemacht“ würden. Die Nationalverfassung sei in diesem Punkt „absolut klar und unmissverständlich. Und daran halten wird uns“, sagte Lejtman. „Wir halten daran fest, dass es im ganzen Land eine öffentliche, obligatorische, kostenlose und nichtreligiöse Schulbildung geben muss, um nicht Unterschiede zwischen den Kindern zu schaffen“, betonte der DAIA-Chef von Catamarca.

Die DAIA hatte Anzeige erstattet, als nach der Resolution des Bildungsministeriums an den öffentlichen Schulen die Teilnahme am katholischen Religionsunterricht zur Pflicht für alle Schüler, unabhängig ihrer Konfession, gemacht wurde. Der Verband ging dabei von der Überzeugung aus, dass die Anwendung des Artikels 270, wie sie von der Regierung praktiziert wurde, diskriminierend sei, da der Religionsunterricht nicht gemäss der Konfession des Schülers garantiert werde. Das Ministerium hingegen beharrte darauf, dass die Resolution von 1999 sich im Verfassungsrahmen bewege.

Randglossen

Die massgebenden Justizialisten wurden aus ihrer Ruhe aufgeschreckt, als sie erfuhren, dass Staatsanwalt Carlos Stancanelli den Bundesrichter Jorge Urso, der über den Waffenschmuggelskandal ermittelt, aufgefordert hat, Expräsident Carlos Saúl Menem zu verhören. Hierzu soll das sogenannte Delikt der illegalen Assoziation herhalten, indem Menem als Landespräsident unterstellt wird, dass er als Bandenchef gehandelt habe, um sich am Waffenschmuggel zu bereichern. Richter Urso könnte, sofern er Menem verhört, die Haft verfügen, weil das betreffende Delikt mit mindestens fünf Jahren Gefängnis bestraft werden kann. Für die Haftentlassung gelten höchstens drei Jahre. Menem ist gegenwärtig Vorstandsvorsitzender der Justizialistischen Partei und erklärter Anwärter auf die Präsidentschaftskandidatur seiner Partei für 2003. Die juristische Konstruktion des Bandenchefs ist entschieden an den Haaren herbeigezogen und schmeckt nach politischer Rache, wie sie die Justizialisten empfinden, so dass deren Bereitschaft zur Mitwirkung an Gesetzen sichtlich abnimmt.

Frepaso-Chef Carlos „Chacho“ Alva-rez hat sich nach langem Gerangel innerhalb seines Parteiensammelsuriums durchgesetzt und die Mitwirkung an der Regierung Präsident de la Rúas in Gestalt des neuen Sozialministers Juan Pablo Cafiero beschlossen. Mehrere Frepaso-Politiker sind inzwischen abgesprungen, wie es bei linkslastigen Parteien Argentiniens seit Jahrzehnten gang und gäbe ist. Sie werden immer wieder vom Spaltpilz befallen und trennen sich spinnefeind. Cafiero entstammt wie sein Vater, Altperonist Senator Antonio Cafiero, und sein Bruder, Abgeordneter Mario Cafiero, der Justizialistischen Partei, die er vor zehn Jahren zusammen mit Alvarez und einem halben Dutzend anderer Abspringer verliess. Dass er jetzt in einem Kabinett mit Radikalen und Republikanern Cavallos wirkt, hat er sich wohl damals nicht träumen lassen, als er auszog, die Welt in Argentinien ausserhalb der Justizialisten zu verbessern. Vater und Bruder wirken in der Opposition, so dass die politischen Gespräche im trauten Familienheim sicherlich an Würze gewinnen werden.

Menem unter Druck

Der frühere Präsident Carlos Menem soll als möglicher Kopf der Bande von Waffenschiebern vernommen werden. Einen entsprechenden Antrag stellte die Staatsanwaltschaft am Dienstag in Buenos Aires. Ein Termin wurde zunächst nicht bekannt. Menem stehe im Verdacht, von 1991 bis 1995 Chef einer illegalen Vereinigung zum Schmuggel von Waffen nach Kroatien und Ecuador gewesen zu sein, hieß es zur Begründung.

Auch der frühere Verteidigungsministers Antonio Erman González und Ex-Generalstabschef Martín Balza sollen vorgeladen werden. Sie sollen die Organisatoren des illegalen Waffenhandels gewesen sein. Am vergangenen Donnerstag hatte Untersuchungsrichter Jorge Urso bereits Untersuchungshaft für Menems Ex-Schwager und früheren Berater Emir Yoma angeordnet, der ebenfalls in den Waffenskandal verwickelt sein soll.

SERVICIOS DIGITALES
www.multimedia.com.ar
O'Higgins 4380 - CP 1429 - Buenos Aires - Repœblica Argentina
Tel/Fax: (54-11)4704-0977 - info@multimedia.com.ar

Cavallo als Dilemma für Radikale

Internwahlen in der Provinz / Überraschendes Treffen mit Alfonsín

Zu einem überraschenden Treffen kam es am Dienstag zwischen Alfonsín und Cavallo. Ex-Präsident und Wirtschaftsminister stimmten in dem 30 Minuten dauernden Gespräch in der Wohnung Alfonsíns in der Kritik an Menem überein. Hauptthema aber war eine Art Solidaritätserklärung des UCR-Vorsitzenden für die Wirtschaftspolitik Cavallos. Unausgesprochen blieb die Absicht, zu einer Beruhigung der Märkte beizutragen.

Die Radikalen in der Provinz Buenos Aires bereiten sich vor dem Hintergrund des Cavallismus der regierenden Allianz auf Internwahlen vor. Allem Anschein nach wollen auch die Radikalen in der Hauptstadt zu diesem Hilfsmittel greifen, wenn sie sich der Alternative ausgesetzt sehen, dass sie ihre Kandidatenlisten Bewerbern der Acción por la República öffnen müssen. Es handelt sich um die beiden bedeutendsten Wahldistrikte des Landes, in denen die UCR mehr als zwei Millionen Mitglieder in einer Internwahl mobilisieren kann und ausserdem noch die Parteiämter für die Legislativwahlen am 14. Oktober zur Debatte stehen. Dazu aber geht es um das Thema, das die Radikalen plagt: „Cavallo ja oder nein“.

Dabei werden zwei ideologische Konzepte aufeinanderstossen. Zum einen der regierende Delaruismus mit seinen Alliierten und einem Bein im rechten Zentrum. Zum anderen die unterschiedlichen Strömungen des Alfonsinismus, deren Anhänger mit Raúl Alfonsín darin übereinstimmen, weit entfernt von jedem neoliberalen Konzept zu stehen. Angesichts der cavallistischen Manöver vor der Öffentlichkeit, in denen viele Radikale Aktionen des De-laruismus sehen, war es Alfonsín höchstpersönlich, der am Donnerstag der vergangenen Woche eine Grenze aufzeigte: „Wenn da irgendeiner von der Acción por la República auf der Abgeordnetenliste der UCR steht, werde ich nicht Senatorenkandidat sein!“ Damit antwortete der Vorsitzende der Radikalen auch auf die Tatsache, dass die Stadträtin des Cavallismus, Alejandra Sturzenegger, für einen Sitz im Nationalsenat kandidieren wird.

Am Freitag machte der Radikalenchef einen letzten Versuch der Annäherung bei Enrique „Japonés“ García, dem Bürgermeister von Vicente López, - scheiterte jedoch. Am gleichen Tag beschloss die von Juan Manuel Casella, dem Botschafter in Uruguay, geführte Fraktion, zu der Senator Leopoldo Moreau und Ex-Innenminister Federico Storani gehören, ihren Chef als Kandidat für den 1. Delegierten im Nationalkomitee aufzustellen.

WOCHENÜBERSICHT

Neuer Sozialminister

Juan Pablo Cafiero wird neuer Minister für Soziales. Dies gab Präsident Fernando de la Rúa am Donnerstag vor der Presse bekannt. Mit der Ernennung des Frepaso-Politikers, der am Montag vereidigt wird, ist der Juniorpartner der Allianz damit nach 40 Tagen wieder auf Ministerebene präsent. Nach dem Rücktritt von Marcos Makón (Frepaso) war das Amt von Gesundheitsminister Héctor Lombardo interimistisch geleitet worden.

Pou entlassen

Präsident Fernando de la Rúa hat am Mittwochabend den Präsidenten der Zentralbank, Pedro Pou, entlassen. De la Rúa entsprach damit einer Empfehlung des Parlaments. Ein Untersuchungsausschuss hatte Pou vorgeworfen, in den 90er Jahren bei der Aufsicht über das Bankenwesen versagt zu haben. Damals sollen sich mehrere Banken in großem Stil an Geldwäscheaktionen beteiligt haben. Zum Nachfolger Pous wurde der bisherige Präsident der Banco Nación, Roque Maccarone, bestimmt.

Reform in Córdoba

Die „Unión por Córdoba“, die in Córdoba unter Führung des Justizialismus regierende Koalition, hat am Wochenende mit dem lokalen Zweig von Cavallos Partei „Acción por la República“ (AR) vereinbart, eine umgehende Reform der Provinzverfassung auf den Weg zu bringen. Die Vereinbarung bezieht sich auf das Einkammersystem, das Gouverneur José Manuel De la Sota zu Beginn der Sitzungsperiode der Provinzlegislative vorschlug.

Reform in Catamarca

Unterdessen hat auch der Gouverneur von Catamarca, Oscar Castillo, eine Änderung der Provinzverfassung angekündigt. Diese solle der Nationalverfassung angeglichen werden. Ziel ist eine Begrenzung der Wiederwahlbestimmungen und die Schaffung eines Richterrates. Castillo wies ausdrücklich darauf hin, dass eine Reform den „Konsens der Bürger“ haben müsste. Die Vorsitzende des „Frente Cívico y Social“ (Bürger- und Gesellschaftsfront), Marta Torres de Mansilla, erklärte, die Verfassungsreform müsse „Vorrang“ haben.

Dilemma Aeroparque

Das Schicksal des Stadtflughafens Aeroparque ist nach wie vor ungewiss. Das im Januar vom damaligen Wirtschaftsminister José Luis Machinea und Stadtregierungschef Aníbal Ibarra unterzeichnete Akommen über die Erweiterung der Fläche durch Auffüllung des Río de la Plata wurde vorerst in einer Kommission der Stadtlegislative eingefroren. Es werde auf zwei von der Stadt und der Nation in Auftrag gegebene Gutachten (Umwelt und Wirtschaft) gewartet, hiess es von offizieller Seite.

Kirchner-Kandidatur

Der Gouverneur von Santa Cruz, Néstor Kirchner, hat seine Präsidentschaftskandidatur für die Wahlen 2003 lanciert. „Mit Arbeit und Anstrengung können wir ein gerechteres und würdigeres Argentinien errichten“, erklärte Kirchner am Dienstag in Buenos Aires im Beisein des Chefs der Dissidenten-CGT, Hugo Moyano.

Bewerbung

Der Ex-Unterstaatssektetär für Kultur, Luis Durán, hat seine Kandidatur für das Amt des Vorsitzenden der Stadt-PJ angemeldet. Über seine Bewerbung werden die Mitglieder in den Internwahlen am 1. Juli entscheiden.

Marsch auf Tucumán

Gruppen von Arbeitslosen und Aktivisten der „Corriente Clasista Combativa“ des Gewerkschafters „Perro“ Santillian haben am Montag im Süden der Provinz Tucumán einen Marsch auf die Provinzhauptstadt gestartet. Damit soll gegen die Wirtschaftspolitik der Provinzregierung demonstriert werden.

Blauhelme

Der Staatssekretär für Militärangelegenheiten, Angel Tello, hat am Mittwoch eine Armee-Einheiten verabschiedet, die als Blauhelme der Vereinten Nationen auf Zypern Dienst tun werden. Es handelt sich um ein Kontingent von 372 Offizieren und Unteroffizieren aller drei Waffengattungen.

Streik

Zwei Gewerkschaften von Angestellten der Fluggesellschaften Aerolíneas Argentinas und Austral haben am Dienstag zu einem Streik auf unbestimmte Zeit aufgerufen. Die Massnahme ist Ausdruck des Protestes gegen die Entlassungen, von denen bisher 170 Personen betroffen sind. Wie verlautet, sollen im Rahmen von Einsparungen, die vom Personal beider Gesellschaften abgelehnt werden, insgesamt 1.350 Angestellte entlassen werden.

Bischöfe bei de la Rúa

Hochrangige Kirchenvertreter haben bei einem Treffen mit Präsident Fernando de la Rúa am Dienstag gefordert, dass die staatliche Hilfe für arbeitslose Haushaltsvorstände in Höhe von 160 Pesos monatlich „so viele Bedürftige wie möglich“ erreiche. Monsignore Estanislao Karlic, Erzbischof von Paraná und Episkopatsvorsitzender, dessen Vertreter Monsignore Eduardo Mirás, Erzbischof von Rosario und Kardinal Jorge Bergoglio, Erzbischof von Buenos Aires, sprachen rund eine Stunde mit dem Präsidenten.

Radar illegal

Das Verkehrsgericht der Stadt Buenos Aires hat am Donnerstag die umstrittenen Radarkontrollen für illegal erklärt. Von der Stadtregierung wurde das Urteil als „verfassungswidrig“ und „politisch motiviert“ bezeichnet.

Bürgerfront „Frente vecinalista“ mit eigenen Kandidaten

Acht bonaerenser Intendenten präsentieren sich als unabhängige Meinung

Es existiert eine geballte Bürgerkraft in acht bonaerenser Verwaltungsbezirken. Dahinter steht eine Legion von 256 Räten aus 50 Gemeinden in Gross-Buenos Aires und dem Provinzinnern. Es sind die Angehörigen des bonaerenser „Frente vecinalista“, etwa Bürger- oder Nachbarschaftsfront, die direkt 1,2 Millionen Wähler in einem Einzugsgebiet repräsentieren, in dem 13 Millionen Menschen leben. Sie sind dazu entschlossen, für die Legislativwahlen am 14. Oktober ihre eigenen Kandidaten aufzustellen.

Der Entschluss wurde im Rahmen einer Vollversammlung von 140 Gruppen in Pinamar gefasst. Zum ersten Mal seit ihrer Gründung Ende der 70er Jahre wird sich die Bürgerfront mit einer eigenen Kandidatenliste für alle Ämter präsentieren, von Schulberatern bis zu Abgeordneten und Senatoren. Sie werden durch eine Zahl motiviert: 1999 bekamen sie 845.000 von 8,5 Millionen Stimmen, die ihnen eine sichere Basis ohne die Vormundschaft der grossen Partei geben.

Einer ideologischen Richtung hängen sie nicht an und ziehen es vor, sich als Zentrumskraft zu sehen. Einige, wie Julio Zanatelli aus Tandil, traten in den Gemeinden an, als die Militärdiktatur an „politische Kinder“ dachte. Sie finden bis heute Zustimmung bei Wahlen. Derart formte sich dann der Bürger- oder Nachbarschaftspool, zu dem auch Blas Altieri (Pinamar), Ricardo Ubieto (Tigre), Carlos Aprile (Tres Arroyos), Hugo Groppi (Esteban Echeverría), Ricardo Moccero (Coronel Suárez), Juan Erriest (Lobos) und Adrián Méndez (interim, Exaltación de la Cruz).

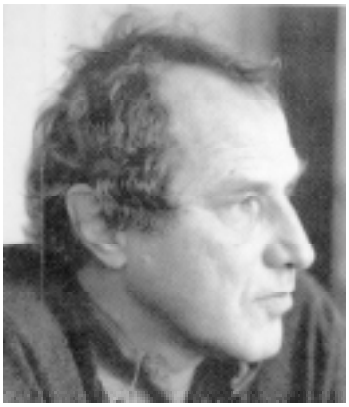
Bis Oktober müssen sie jedenfalls die Avancen des PJ, der Allianz und der Acción por la República von Domingo Cavallo überstehen. Niemand will sich ein eventuelles Bündnis mit einer Kraft entgehen lassen, die immerhin zehn Prozent der bonaerenser Wähler ausmacht. So wird fleissig hofiert. Während die Regierungspartei von einer politischen Annäherung spricht, zeigte sich der bonaerenser Gouverneur Carlos Ruckauf bei der „Taufe“ in Pinamar. Dessen ungeachtet hat die Bürgerfront eine unabhängige Strategie. Ihr Generalsekretär, Miguel Bernigaud, erklärte in einem Pressegespräch, dass noch in diesem Jahr eine nationale Strategie eingeleitet werde. „Am 8. Mai ist ein Treffen in der Hauptstadt angesagt, an dem Repräsentanten aus Córdoba, Santa Fe, Mendoza, Tucumán, Entre Ríos und La Pampa teilnehmen, die eine Bundesvereinigung im Hinblick auf 2003 gründen werden.“ Die Pläne der „Frente vecinalista“ enthalten unter anderem eine Dezentralisierung der Steuern, eine Hierarchisierung der Rolle der Gemeinden und eine Zusammenlegung der Wahlen.

„Desolate“ Situation

Internationale Expertenrunde diskutiert auf der Buchmesse über das bedrohte Verlagswesen in Argentinien

Von Silvia Wilhelm

Wir kennen die Fernsehbilder: Politiker steigen in Autos ein, betreten oder verlassen Gebäude und antworten auf die Frage der Journalisten nach einer Stellungnahme mit - „noch nicht“. „Pro Tag bekommen wir solche Szenen insgesamt vier Minuten lang zu sehen. In dieser Zeit könnte man jeweils ein neues Buch vorstellen; dann müssten wir uns in einem Jahr keine Sorge mehr um die unabhängigen Verlage machen.“ Zu diesem logischen Schluss kommt Michael Krüger auf der Podiumsdiskussion des Goethe-Instituts. Der preisgekrönte Schriftsteller und Cheflektor des berühmten Carl-Hanser-Verlages, der Autoren wie Umberto Eco, Italo Calvino und Peter Hoeg unter Vertrag hat, begegnete der bitteren Situation der unabhängigen Verlage mit ungewöhnlichen Lösungsvorschlägen und mit viel Ironie. Denn eines machte die internationale Tagung mit dem provokanten Titel „Unabhängige Verlage - wozu?“ auf der Buchmesse in Buenos Aires deutlich - gerade auch in Argentinien ist die Lage inzwischen „desolat“. Da ist es ein schwacher Trost, dass in anderen lateinamerikanischen Ländern die Situation noch schlechter aussieht, das hat zumindest der Kolumbianer David Melo Torres vom Regionalen Zentrum



Michael Krüger

zur Förderung des lateinamerikanischen Buchwesens festgestellt: „Argentinien ist noch ein Paradies. Hier gibt es mehr Leser als sonst in einem Land in Lateinamerika.“

Das argentinische Verlagswesen hatte seine Glanzzeit in den 40er bis 70er Jahren, als viele Emigranten eigene Verlage gründeten, die schon bald expandierten. Sie profitierten von der Franco-Diktatur, die das spanische Verlagswesen zerschlagen hatte, weshalb die Bücher in Argentinien gedruckt wurden. Diese wichtige Rolle haben argentinische Verlage längst verloren, viele wurden aufgekauft und sind nun in der Hand ausländischer Unternehmensriesen, wie z.B. Bertelsmann. Den Trend zur Konzentration kann man überall auf der Welt beobachten, in europäischen Staaten gibt es jedoch Lichtblicke.

In Spanien leisten heutzutage z.B. nicht nur einige traditionelle Verlage den Multis Widerstand, berichtet Jorge Herralde vom Verlag Anagrama, der in der spanischen Presse als einer der „letzten Mohikaner der unabhängigen Verlage“ gilt. Hinzugekommen seien in den vergangenen 10 Jahren auch die „neuen Wilden“, d.h. junge Verlage, die mit grossen Illusionen gegen die Tyrannei des Marktes ankämpften. Rettungsanker in Deutschland ist die Buchpreisbindung, die seit 25 Jahren feste Ladenpreise vorschreibt, wodurch auch unbekanntere Autoren noch eine Chance haben, veröffentlicht zu werden. Ausserdem profitieren dort die unabhängigen Verlage von der guten Infrastruktur, also von den vielen Buchläden, öffentlichen Büchereien und Unibibliotheken. Doch in den letzten Jahren habe sich der Sparkurs des Staates auch auf die Bibliotheken ausgewirkt; inzwischen könnten diese immer weniger Neuerscheinungen aufkaufen und damit einer breiten Öffentlichkeit verfügbar machen, bedauert Krüger.

Kein Schreckgespenst, vielmehr eine grosse Chance sei nun aber das Internet, meinen übereinstimmend Cheflektor Krüger, Verleger Herralde und Torres vom Regionalen Zentrum. Im Internet könne man wieder viel mehr und ausführlicher über Bücher sprechen. Gerade kleine Verlage, die kein Geld für grosse Werbekampagnen haben, könnten über das Internet ihre Neuerscheinungen bekannt machen - und zwar nicht nur im eigenen Land. Damit könnten auch staatliche Zensurbestrebungen via Internet viel leichter umgangen werden, freut sich Torres.

Welche katastrophalen Folgen die Konzentration im Verlagswesen haben kann, erklärt Krüger am Beispiel USA. Dort kämen 80 Prozent der Bücher von den grossen Verlagshäusern, 10 Prozent von kleinen und 10 Prozent von Univerlagen. „Keiner der grossen Publikumsverlage würde ein intellektuelles Buch herausbringen; ohne die Universitätsverlage hätten wir in den USA eine mönchische Kultur.“ Das heisst im Klartext: Man sässe in der Vorlesung, mache sich Notizen, reite dann zurück nach Minnesota und verteile diese dann per Hand unter seinen Bekannten, witzelt Krüger. Eine weitere Gefahr der Konzentration sei die Banalisierung der Kultur, warnt Herralde. So habe er beobachtet, dass bestimmte Schriftsteller immer fla-

chere Bücher schrieben. Das hänge mit dem Druck der Publikumsverlage zusammen, die von ihren Autoren jedes Jahr ein neues Werk fordern, wodurch diese weniger Zeit zum Nachdenken hätten.

Gravierende Probleme brauchen drastische Lösungen, dachte sich wohl Krüger und schlug zwei weitere Marketingstrategien vor: Zum einen könnte man Flugzeuge und Hotelzimmer zum Vertrieb nutzen, also neben die Bibel auch einen Band mit zeitgenössischer Poesie ins Nachtkästchen legen. „Das würde nicht nur den Bildungsstand erhöhen, sondern auch die literarische Diskussion in den Hotelzimmern anregen.“ Eine andere Verbreitungsmöglichkeit biete die Politik. Ginge es nach dem Wunsch Krügers, so sollte jede Parlarmentsdebatte mit einem Gedicht eröffnet werden: „Denn alle Politiker sagen, dass Bildung wichtig ist. Sie selbst sind aber oft nicht sehr gebildet. Man sollte die Präsidenten danach beurteilen, wieviel Bildung sie haben, dann käme die Menschheit einen grossen Schritt weiter.“

TABELLE

Torneo Clausura

13. Spieltag: River Plate - Gimnasia LP 3:3, Talleres - San Lorenzo 0:3, Rosario Central - Boca Juniors 1:2, Independiente - Chacarita 0:0, Huracán - Racing 1:1, Conón - Argentinos Jrs. 0:1, Estudiantes LP - Los Andes 0:0, Vélez - Unión 3:1, Lanús - Newell’s 1:3, Almagro - Belgrano 4:0.

Tabellenspitze: 1. River und San Lorenzo 29 Punkte, 3. Boca und Chacarita 21.

Hockey

Revanche für „Chicas“

Die argentinischen Hokkey-Damen führen eine Turnierserie gegen Weltmeister und Olympiasieger Australien nach drei von vier Spielen mit 5:2 Punkten an. Nach dem 1:1 im ersten Match am vergangenen Samstag in Buenos Aires siegten die Olympiazweiten von Sydney am Dienstag in Rosario mit 2:1. Das dritte Spiel am Donnerstag in Córdoba endete wiederum 1:1. Die vierte und letzte Begegnung findet heute erneut in Buenos Aires statt.

(dpa/AT)

Langer Atem in dünner Luft

„Albiceleste“ dreht beim 3:3 in Bolivien verloren geglaubte Partie noch um

Mit einem ebenso mühevollen wie glücklichen 3:3 (1:1)-Unentschieden in Bolivien hat die „Albiceleste“ am Mittwoch die Tabellenführung in der südamerikanischen Qualifikation zur WM 2002 ausgebaut. Nach dem ersten Punktgewinn einer argentinischen Nationalmannschaft in der Höhenluft von La Paz (3.600 m.ü.M.) seit 1973 hat die Mannschaft von Trainer Marcelo Bielsa nun bei 29 Punkten sechs Zähler Vorsprung vor dem Zweitplazierten Paraguay (23). Die „Guaranís“ hatten bereits am Dienstag beim Überraschungsteam aus Ecuador mit 1:2 verloren.

Die Kicker aus dem Andenstaat liegen nach zwölf von insgesamt 18 Spieltagen mit 22 Punkten nun sogar vor dem viermaligen Weltmeister Brasilien (21) auf dem dritten Rang. Die völlig neu formierte Selecao kam am Mittwoch in Sao Paulo auch ohne die in Europa beschäftigten und vermeintlich „satten“ Stars nicht über ein 1:1 gegen Peru (12) hinaus und wurde von den eigenen Fans im Morumbí gnadenlos ausgepfiffen. Brasiliens Ex-Internationaler Roberto Falcao meinte nach der blamablen Vorstellung (Tore durch Romario (Br), 65., und Pajuelo (Pe), 72.): „Jetzt gerät die WM-Qualifikation wirklich in Gefahr.“

Für das Turnier in Japan und Korea qualifizieren sich die vier Erstplatzierten, bislang Argentinien, Paraguay, Ecuador und Brasilien. Der Fünfte, derzeit Kolumbien (19), erhält noch eine weitere Chance in Form von zwei Entscheidungsspielen gegen den Ozeanien-Sieger.

Jubel wie nach einem Sieg: Torschütze Sorín und Torwart Burgos.

(AP-Foto)

Für die „Albiceleste“ hatte es vor 30.000 Zuschauern im „Estadio Hernando Siles“ lange Zeit nach einer Niederlage ausgesehen. Bis zur 88. Minute führte Bolivien durch Tore von Líder Paz (41.), Percy Colque (54.) und Joaquín Botero (80.) bei einem Gegentreffer von Hernán Crespo (44.) mit 3:1. Zwei Minuten vor Schluss erzielte der Lazio-Stürmer mit einem Weitschuss den Anschlusstreffer, ehe Juan Pablo Sorín (Cruzeiro) in der Nachspielzeit mit einer Direktabnahme den glücklichen, aber nicht unverdienten Ausgleich erzielte. Dem Treffer war ein Freistoß von Juan Sebastián Verón (Lazio) vorausgegangen.

„Ich kann es nicht glauben“, sagte Marcelo Bielsa nach dem Schlusspfiff. Während der Nationalcoach „mit dem Ergebnis, nicht aber mit der Leistung“ zufrieden war, sprach der in der zweiten Hälfte eingewechselte Marcelo Gallardo (Monaco) schlicht von einem „Wunder“.

Bestnoten auf argentinischer Seite verdiente sich neben Crespo, der in seinem 30. Länderspiel die Tore Nummer 14 und 15 erzielte, Torwart Germán Burgos (Mallorca). Als Totalausfall entpuppte sich, einmal mehr, Ariel Ortega (River Plate).

Allein berufliches Können entscheidet über die Stellung der Frau

Gespräch mit der Arbeitsministerin Liz. Patricia Bullrich

Eine Pressekonferenz über die Vorstellung der neuen Website des Arbeitsministeriums ging dem Gespräch voraus. Aber nicht der Arbeitsaspekt der Ministerin soll erläutert werden, sondern Bullrichs Stellung als Frau.

AT: Am 28. Dezember des vergangenen Jahres unterzeichnete der Präsident de la Rúa ein Dekret, das die Anwendung des Gesetzes über die Quotenregelung der Frauen garantiert und ihnen ein Minimum von 30 Prozent auf die 72 Sitze des Senats sichert. Sie applaudierten damals die Entscheidung mit der Feststellung, dass man die Beteiligung der Frau am politischen Leben akzeptieren müsse. Welchen positiven Einfluss kann die Frau auf die Politik ausüben?

P. Bullrich: Diesen positiven Einfluss muss die Frau sich gestalten. Wichtig ist dabei die Form, wie sie dabei vorgeht, denn gewisse Regeln sind zu beachten. Die Unterordnung unter den Mann ist immer noch ein Bestandteil unserer Kultur. Eine Frau sollte daran denken, dass sie keine anderen Wege geht, als der Mann sie gehen würde, nur weil sie Frau ist. Leider wird die Arbeit der Frau wenig geschätzt, doch ist es wichtig, die Ausübung der Arbeit von der der persönlichen Dinge zu trennen. Die Menschen verführen, ob Fau oder Mann, aber die Verführung ist ein Werkzeug der Kommunikation,

und die Frau muss sich in ihrer beruflichen Stellung durch Fachkenntnis beweisen, allein das ist entscheidend. Gleichzeitig sollte sie erreichen, dass der Mann auch andere Rollen als die üblichen als natürlich empfindet, zum Beispiel Arbeiten im Haushalt. In Europa hat man sich bereits an diese Rollenverteilung gewöhnt. Hier sei man auf dem besten Wege dazu. (Lachen)

AT: Ihr politischer Weg führte Sie durch verschiedene Etappen, bei denen Sie um die Gerechtigkeit und Gleichheit des Volkes kämpften. Heute sind Sie Arbeitsministerin, ein Posten, der zum ersten Mal von einer Frau besetzt wurde. Wie verteidigt sich eine Frau in dieser Stellung?

P.B.: Zunächst wird man mit Misstrauen betrachtet und bezweifelt, ob man die Kraft habe, sich mit Arbeitsproblemen auseinanderzusetzen. Man muss manche Hürden überspringen und beweisen, das die Kraft dazu nicht ein Privileg der Männer ist, sondern Teil der Persönlichkeit, sowohl bei Mann oder Frau. Dass auch die Frau die Fähigkeit hat, Grenzen zu setzen und dass sie auch intelligent ist. Wie oft hört man fast noch überrascht den Satz: Oh, sie ist auch intelligent! Inzwischen habe ich auf diesem Gebiet keine Probleme mehr.

AT: Sie haben einmal gesagt, dass Sie nicht möchten, dass Ihr Sohn von 22 Jahren die Erlebnisse und Auseinandersetzungen erlebe, die Sie durchgemacht haben. Warum? Hat sich das Panorama geändert?

P.B.: Ich habe schon in jungen Jahren Augenblicke grösster Gewalt in meinem Land erlebt. Ich musste das Land verlassen, habe gesehen, dass Freunde tot oder verschwunden waren. Ich glaube, dass man die Probleme eines Landes auf andere Weise lösen sollte. Mein Sohn soll in einem Land leben, wo Frieden herrscht und die Probleme im Dialog und nicht durch Gewalt gelöst werden.

AT: In einer Demokratie, in der im Parlament Regierende und eine Opposition vertreten sind, besteht doch die Möglichkeit, eine Lösung vieler Problematik auf Gesetzesebene zu finden und nicht unbedingt durch eine Oppostion auf der Strasse, das heisst durch Streiks und Demonstrationen. Oder glauben sie, dass die Opposition der Strasse notwendig ist?

P.B.: Mich erschreckt diese Art der Diskussion nicht. Die Menschen haben meiner Meinung nach das Recht, das einzufordern, von dem Sie glauben, dass es ihnen zusteht. In Argentinien sind wir seit einigen Jahren schlecht drauf, denn immer war Argentinien ein Land der Gelegenheiten und des Fortschritts. Das trifft in letzter Zeit nicht mehr zu. Darum die Proteste. Also wollen wir versuchen, wieder den Zustand herzustellen, in dem die Menschen sich geborgen und fortschrittlich fühlen.

AT: Der spanische Philosoph Ortega y Gasset sagte in den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts in seinem Buch Aufstand der Massen, dass der entscheidende Faktor für die soziale Entwicklung in Zukunft nicht mehr die Eliten sein wird, sondern anonyme Sektoren, Arbeiter, Bauern, Studenten, Arbeitslose, deren gewalttätige oder friedliche Erhebung die Gesellschaft revolutionieren werde. Unterstreichen Sie diese Behauptung?

P.B.: Absolut. Die Regierung ist keine Elite, die Berufe nicht, die Technologie ist nicht für die Elite. Natürlich will die Elite ihre Pfründe festhalten. Ihre Meinung ist, dass es heute Arbeitslosigkeit gäbe, weil es neue Technologien gibt. Aber diese Technologien sind so einfach zu erlernen. Es ist leichter in "Windows" hineinzukommen, als eine Drehbank zu bedienen. Das heisst, dass diese Argumente oft verwendet werden, um viele Menschen auszuschliessen. Ein Sechsjähriger, in welchem Land es auch sei, kann einen Computer bedienen, nicht weil er genial ist, sondern weil es leicht ist. Man muss diese moderne Technologie nur allen zugänglich machen.

Argentinien war fähig Ende des vergangenen Jahrhunderts eine Demokratisierung durchzuführen. Darum ist dieses Land auch in der Lage, weitere Wege der Entwicklung zu gehen.

HR

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Die Jahreszinssätze der wichtigsten Banken für Fristeinlagen auf 30 Tage lagen in der Berichtswoche für Pesos zwischen 5,65% und 7 % und für Dollar zwischen 4,75% und 5,5%.

***

Der Mervalindex fiel in der Berichtswoche zum Donnerstag um 2,4% auf 437,42, der Burcapindex um 2,3% auf 796,90 und der **Börsenindex um 3,1% auf 16.068,14.**

***

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 0,4% auf $ 0,7850.

***

Die Gold-, Devisen- und Anlagenreserven der ZB betrugen am 23.4. $ 21,30 Mrd., der Banknotenumlauf $ 13,24 Mrd. Vor einer Woche waren es $ 22,06 Mrd. bzw. $ 13,97 Mrd., vor einem Monat $ 22,70 Mrd. bzw. $ 13,54 Mrd. und vor einem Jahr $ 25,41 Mrd. bzw. $13,93 Mrd.

***

M. Yunus, der bengalische Begründer der Grameen (Dörfer) Bank von Bangladesh, der ein Kreditsystem für ganz kleine Unternehmen geschaffen hat, hat mit der Banco de la Nación Argentina ein Abkommen unterzeichnet. Die Bank stellt der Grameeen Argentinas in diesem Jahr $ 100.000 zur Verfügung, damit diese Kredite von bis zu $ 500 für kreative Ideen erteilen kann. Besonders in den Provinzen soll armen Arbeitswilligen, häufig Frauen, die Möglichkeit gegeben werden, Werkzeug usw. zu kaufen. Weltweit setzt die Grameen Bank in 60 Staaten U$S 2,4 Mrd. im Jahr um.

***

Repsol YPF hat seine Kraftstoffpreise an den Zapfsäulen um 1,5 Centavos pro l erhöht. Der Dieselölpreis für öffentliche Transportmittel, Frachtverkehr (mit der YPF-Karte) und die Landwirtschaft soll unverändert bleiben. Als Grund wird die mehr als 10%ige Zunahme der internationalen Preise angegeben.

***

Die spanische Banco Bilbao Vizcaya Argentaria (BBVA) hat bei der Börse von Buenos Aires um die Notierung ihrer Aktien angesucht, um ein öffentliche Kaufangebot für die gesamten Aktien ihrer argentinischen Tochter, der BBVA Banco

Francés, machen zu können. Es gehe um die 12% des Aktienkapitals, das sie noch nicht kontrolliert. Das Aktientauschangebot bedeute ein 26,8%iges Agio über die Notierungen. Für die Übernahme führt die BBVA eine Kapitalaufstockung von U$S 849,6 Mio. durch. Seit 1996 hat die BBVA U$S 1,5 Mrd. in Argentinien investiert und durch die Fusion der Banco Francés mit der Banco del Crédito Argentino ein Finanzinstitut mit Aktiven für U$S 12 Mrd. geschaffen.

***

CDP (Caisse de Depot et Placement), der grösste kanadische Rentenfonds, hat für 50% von Burco Desarrollos, der argentinischen Filiale der belgischen Burcogruppe, U$S 4 Mio. bezahlt. Burco widmet sich seit 10 Jahren dem Kauf von Ländereien und der Durchführung von Immobilienvorhaben im Süden Argentiniens. Die Investition der CDP erfolgte durch ihre Immobilientochter Cadim, die weltweit Aktiven von über U$S 125 Mrd. handhabt und ein Immobilien-Portefeuille von etwa U$S 15 Mrd. hat. Burco Desarrollos arbeitet an einem Immobilienvorhaben im Nordgebiet von Gross Buenos Aires für U$S 50 Mio., für das bereits ein 50.000 qm grosses Grundstück erworben wurde.

***

Die ZB stellt über die Website www.bera.gov.ar täglich Informationen über zurückgewiesene Schecks zur Verfügung. Die Anfrage kann nach CUIT-Nummer oder Namen erfolgen. Auch über Schuldner in Liquidierung befindlicher Firmen wird informiert. Die Auflösung der Abteilung für zurückgewiesene Schecks und ihr Ersatz durch die neue Zentrale ist Teil der Strukturmassnahmen für den Durchgriff der neuen Scheckstеuer.

***

Mit der Ausgabe eines Bonds für $ 1 Mrd. auf 3 Jahre konnte die Wirtschaftsführung in wenigen Tagen im Inland rd. $ 4,46 Mrd. aufnehmen. 1/4 des neuen Bonds wurde von Unternehmen und allgemeinem Publikum erworben, der Rest von den Citi-, Rio-, Francés-, HSBC- und Galicia-Banken. Sollte die Regierung nicht fähig sein, die Bonds einzulösen oder ihre Zinsen zu bezahlen, können sie für Steuerzahlungen eingesetzt werden.

***

Im Vorjahr gab es 442.329 Arbeitsunfälle, davon waren 17.009 schwer und 916 tödlich. Ein Jahr zuvor waren 14.397 schwer und 1.021 tödlich gewesen, wie das Arbeitsrisikoamt bekanntgab. In Zahlen hatten von 100 versicherten Arbeitsnehmern 9 einen Arbeitsunfall. Laut Statistikamt sind von rd. 9 Mio. Arbeitnehmern 4,92 Mio. Arbeitsrisikoversichert. Der Rest arbeitet schwarz.

***

Die Traktoren- und Bulldozerfabrik Zanello, ein Familienbetrieb, wurde einem nicht genannten schweizerisch-italienischem Holding zum Kauf angeboten. In den letzten 2 Jahren ist der Traktorenabsatz aller Firmen der Branche um 51% zurückgegangen.

***

Die Capital-Stiftung hat errechnet, dass mit der neu eingeführten Scheck-steuer in diesem Jahr $ 2,7 Mrd. eingenommen werden. Damit würde das Jahresdefizit auf $ 6,07 Mrd. zurückgehen und die mit dem IWF vereinbarte Obergrenze von U$S 6,5 Mrd. eingehalten werden können.

***

Mittels Dekret Nr. 448/01 (Amtsblatt vom 23.4.01) wurde verfügt, dass Wirtschafts- und Arbeitsministerium durch bis zu 6 Monaten Lohnentgänge in Schlachthöfen vergüten. Es geht um jene Firmen, deren Exporttätigkeit durch die Maul- und Klauenseuche aufgehoben bzw. stark eingeschränkt wurde.

***

Die Wirtschaftsführung hat als Märzdefizit, ausschliesslich der dezentralisierten Staatsstellen, $ 1.475,6 Mio. (Vorj. $ 705,8 Mio.) bekannt gegeben. Für das erste Quartal 01 sind die vorläufigen Zahlen: Öffentliche Hand ohne Banken $ -3.017,9 Mio., Umstrukturierungsfonds -126,3 Mio., ZB-Ergebniss nach IWF-Messung $ +21,8 Mio., insgesamt $ -3.122,4 Mio. Mit dem IWF vereinbartes Höchstdefizit $ -2.100 Mio. Überhang des Defizites $ -1.022,4 Mio.

***

Die französische Pechiney, 3.grösster Rohaluminiumproduzent der Welt, will mit U$S 2,2 Mrd. Investition eine neue Aluminiumfabrik für 450.000 Jato errichten. Als mögliche Standorte wurden Feuerland, Trinidad Tobago und Malaysien angegeben. Es wurde nicht bekannt, ob sich dieser Plan auf die neue Aluminiumfabrik bezieht, für deren Errichtung im Süden des Landes die argentinische Aluar einen Partner sucht. Das Pechiney-Projekt sieht auch die Errichtung eines 700 MW Gas u. Dampf Kombikraftwerkes vor. Wesentlich an diesem Projekt ist, dass es zum Teil vollkommen neue, von Pechiney entwickelte Technologie voraus-sieht.

***

Die Banco de la Nación und das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) konnten durch eine einstweilige Verfügung eines Bundesgerichtes in La Rioja die Auszahlung von $ 11,7 Mio. an die Yomagruppe verhindern. Es geht um geforderte Ausfuhrrückvergütungen, über deren Rechtmässigkeit noch ermittelt wird. Ein Gericht in Chilecito, dem Stammsitz des Unternehmens in der Provinz La Rioja, hatte die Zahlung angeordnet und Eingänge des Steueramtes gepfändet. Die Yomagruppe schuldet der Banco de la Nación rd. $ 88 Mio.

***

Das Autobahnbau- und -betreiberunternehmen Autopistas del Oeste hat die Ausgabe bzw. Neuausgabe von Obligationen bis zu $ 250 Mio. beschlossen. Im Vorjahr hatte die spanische Acesa 48,6% des Unternehmens für $ 120,6 Mio. erworben und wurde Hauptanteilseignerin. 20,1%

Cavallo dixit

Wirtschaftsminister Cavallo hat sich mit einem offenen Brief an die Betreiber der internationalen Finanzmärkte gewendet, dessen wesentliche Punkte die folgenden sind:

● Nach meiner Ernennung zum Wirtschaftsminister sah ich, dass wir an erster Stelle schwere Glaubwürdigkeits-Probleme hatten. Zweitens mussten wir die Frage der Fiskalsolvenz in Angriff nehmen und schliesslich mussten wir die Wirtschaft in Gang bringen.

● In den ersten Tagen konzentrierte ich meine Energien darauf, dem Präsidenten Fernando de la Rúa beim Wiederaufbau der Allianz behilflich zu sein und andere politische Kräfte anzuziehen, damit sie gemeinsam die Regierungsfähigkeit sichern.

● Meine eigentliche Tätigkeit begann ich mit zwei wichtigen Gesetzesvorlagen: dem Konkurrenzfähigkeitsgesetz und der Schaffung einer neuen Steuer auf Finanzgeschäfte, die in der gesamten Gesellschaft eine starke Unterstützung fand, weil sie die steuerliche Belastung gleichmässig auf die Gesellschaft verteilt. Ausserdem wird sie ein grundlegendes Werkzeug sein, um die Steuerhinterziehung zu verringern. Aber jenseits dieser Erwägungen wird die Steuer, von der erwartet wird, dass mit ihr rd. 1% des BIP eingenommen werden können, zusammen mit den Ausgabenkürzungen der Öffentlichen Hand um U$S 700 Mio., die in der Vorwoche beschlossen wurden, die Staatsfinanzen wieder in die rechte Bahn lenken. Heute besteht kein Risiko mehr, das Fiskal-Verantwortungsgesetz nicht erfülen zu können.

● Nach Lösung dieses Problemes habe ich mich der wichtigen Aufgabe des Wirtschaftswachstums zugewendet, indem ich Argentinien den Argentiniern und den ausländischen Investoren verkauft habe. In den nächsten Tagen können wir mit der Billigung des IWF rechnen.

● Sollten sich die Märkte Sorgen über unsere langfristige Fiskalsolvenz machen, können sie versichert sein, dass wir beide Glieder der Gleichung bearbeiten: Steuereintreibung und die Ausgabenverringerung, um den Erfolg abzusichern. Für die Steuereintreibung werden wir ein vereinfachtes, effizienteres und leichter zu überwachendes Steuersystem ausarbeiten.

● Wer kann annehmen, dass ich mich mit weniger zufrieden geben werde, als die langfristige Fiskalsolvenz Argentiniens zu sichern? In den letzten Tagen hat die Regierung Dekrete über Ausgabenverringerungen um über U$S 380 Mio. unterzeichnet. Das Programm sieht weitere Ausgabenverrinerrungen um etwa U$S 320 Mio. vor. Gleichzeitig wurde ein weitaus grösseres Schwergewicht auf die Finanzdisziplin der Provinzen gelegt, da die Überweisungen an dieselben nun an ihre Finanzdisziplin gebunden sind. Im Falle der Provinz Buenos Aires, durch den Fiskalpakt, der eine jährliche Defizitverringerung um mehr als U$S 400 Mio. in den nächsten fünf Jahren bedeutet.

● Viele würden gerne sehen, dass Argentinien seine Zahlungen einstellen muss, weil damit bewiesen würde, dass die Bemühungen des IWF, Erleichterungen für mangelnde Stabilität an internationalen Kapitalmärkten zu schaffen, ein Irrtum sind. Wir bedauern nicht, beweisen zu müssen, dass diese Voraussagen falsch sind. Die Schwere der Kosten einer Zahlungseinstellung sind uns bewusst.

● Wir haben unser Auslandsfinanzierungsprogramm für dieses Jahr beinahe abgeschlossen. Die Inlandsfinanzierung stützt sich auf die Unterbringung der vorausprogrammierten Verschuldung bei privaten Rentenkassen (AFJP) und der Unterbringung einiger Bonte-Schatzscheine, sowie der Umschuldung kurzfristiger Verbindlichkeiten am lokalen Finanzmarkt. Angesichts der Vielzahl von Wirtschaftsnachrichten, die an die Märkte gelangen und der Fortschritte bei der Umsetzung unseres Programms, haben wir beschlossen, die Auschreibung vom Dienstag zu verschieben.

● Wir arbeiten bereits für das Jahr 2002, nicht nur für die Aufstellung unseres Finanzprogramms, sondern auch mit Sicht auf die Verbesserung unserer Fiskalsolvenz. In Kürze werden wir eine Umorganisation innerhalb der Regierung bekanntgeben, die eine wesentlich schärfere Kontrolle des Sozialversicherungssystems ermöglichen wird, das derzeit die Hälfte aller Regierungsausgaben erfordert.

● Ich glaube, dass die Hauptsorge der Märkte nicht die Zahlungsfähigkeit Argentiniens ist (in dieser Hinsicht befindet es sich in einer wesentlich besseren Lage als von einem Monat), sondern sein Zahlungswille. Ich bestätige unsere Verpflichtung zur anhaltenden Verbesserung unserer Kreditwürdigkeit.

● In Ihrem Interesse und dem Ihrer Kundschaft, konzentrieren Sie sich sehr auf den Inhalt, aber überlassen Sie mir die Verpackung. Wie jeder gute Wirtschaftler weiss, zählen am Ende nur die grundlegenden Gleichgewichte.

gehören der malaysischen IJM, 1,3% verschiedenen Aktionären und 30% sind an der Börse verstreut.

***

Die Verwaltung des Treuhandfonds zur Infrastrukturentwicklung, der die Zahlung von durch private Bauunternehmen durchzuführenden und zu finanzierenden öffentlichen Vorhaben garantieren soll, wurde amtlich bekanntgegeben: Präsident wird Mariano Mirotti, ein Ingenieur aus Córdoba, ehemaliger Berater von Infrastrukturminister Bastos. Regierungsvertreterin wird die Rechtsanwältin Alejandra Caballero de Chinetti und Vertreter der Provinzen Raúl Antonio Agüero.

***

Die Regierung der Provinz Buenos Aires hat ihre Lieferantenzahlungen eingestellt. Im Rahmen ihres Normalisierungsprogramms hat die Provinz rückständige Gehälter sowie Bonds und Obligationen ihrer Auslandsschulden bezahlt. Im Programm sind Zahlungen an Lieferanten an die Provinzstellen nicht vorgesehen.

***

Den Ermittlungen des Arbeitsamtes zufolge ist die Beschäftigtenzahl im Raum Buenos Aires im März, im 3. Monat in Folge, unverändert geblieben. Seit Mai des Vorjahres seien die Änderungen dieser Zahl unbedeutend. In Rosario wurde eine Zunahme der Arbeitsplätze um 0,2% verzeichnet. Die Bautätigkeit nehme in Córdoba und Rosario leicht zu, während sie im Raum Gross Buenos Aires weiter auf einem Tiefstand verharre. Die Beschäftigung in der Industrie geht in Gross Buenos Aires und Córdoba weiter zurück, während sie in Rosario zulegt. Finanz-, Sozial- und persönliche Dienstleistungen haben zugenommen, ohne jedoch den Rückgang in der Industrie wettmachen zu können.

***

Die Märzumsätze der Supermärkte haben im Vorjahresvergleich um 2,6% zugenommen, im Vormonatsvergleich um 16,8%. Die Shoppings verzeichneten im selben Vergleich 0,1% und 28% Zunahme. Die 76 ermittelten Supermarktketten setzten im März $ 1,23 Mrd. um, um $ 31,5 Mio. mehr als im gleichen Vorjahresmonat. Mengenmässig betrug die Zunahme 4,4%. Im Vorjahresvergleich des 1. Quartals gingen die Umsätze um 0,3% zurück, die verkauften Mengen nahmen um 1,3% zu. In den 26 Shoppingcenters im Raum Gross Buenos Aires wurden im März $ 135,9 Mio. umgesetzt. Im Vorjahresquartalsvergleich betrug der Rückgang 4,7%.

***

In einer öffentlichen Anhörung die von dem Kontrollamt für die Gaswirtschaft (Enargas) einberufen wurde, kam die von der Verteilungsgesellschaften geforderte Preisanpassung für den Raum Gross Buenos Aires zur Sprache. Die Preisanpassung hat viermal im Jahr nach den Gaspreisen an den Förderungsstellen zu erfolgen. Metrogas und GasBAN haben 7% bzw. 9% Erhöhung gefordert. Für Haushalte würde das durchschnittlich 3%, für Industrien 4,5% Preiserhöhung bedeuten.

***

Ab 1.5.01. muss bei Anrufen von einem Zellulartelefon an ein anderes die Nummer 15 vorgewählt werden. Mit diesem Tag beginnt das CCP (Calling party pays) System, das eine durchschnittliche Preiserhöhung von 5% mit sich bringen wird. Bis jetzt gab es keine einheitliche Regelung für die Belastung bei Gesprächen zwischen Zellulartelefonen. Movicom- und Miniphonekunden zahlen wenn sie Gespräche tätigen und wenn sie sie erhalten. Die Kunden von CTI und die meisten von Unifón und Personal zahlen nur, wenn sie anrufen. Ab dem 1.5. werden alle Anrufer mindestens $ 0,28 pro Gespräch zahlen müssen.

***

Die chilenische Maderas y Sintéticos (Masisa) investiert in Argentinien U$S 28 Mio. in eine weitere Fabrik für 100.000 cbm Presspanplatten aus sehr kleinen Spänen. Das Unternehmen betreibt bereits eine Fabrik in Concordia, Provinz Entre Rios. Das neue Werk soll für U$S 30 Mio. im Jahr liefern.

***

Mafinsa hat 50% des Schlachthofes Rafaela Alimentos für U$S 8 Mio. erworben, der mit Passiven von U$S 45 Mio. seine Gläubiger einberufen hatte. Wie die Käuferin bekanntgab, ändert die Akquisition weder die Konkurslage des Unternehmens, noch die der gekündigten oder suspendierten Arbeitnehmer.

***

Durch Beschluss 16/01 des Sekretariates für kleine und mittlere Unternehen wurde die 3. Ausschreibung für subventionierte Kredite eingeleitet, die sich auf das Dekret 748/00 vom 29.8.00 stützt. Diejenigen Banken, die die niedrigsten Zinsen für ihre Kredite verpflichten, erhalten diese Kreditsubvention, die an die Kunden weitergeleitet wird. Es handelt sich diesmal um Kredite für $ 50 Mio. für landwirtschaftliche Umstrukturierungen, $ 50 Mio. für Arbeitskapital und $ 30 Mio. für Gründungen neuer Unternehmen. Die Ausschreibung fand am 27.4. statt.

***

Durch Dekret 451/01 (Amtsblatt vom 26.4.01) wurde das durch Dekret 796 vom 14.9.97 eingeführte System der direkten Auszahlung der Familienzulagen für kleine und mittlere Unternehmen durch die ANSeS abgeschafft. Diese Familienzulagen werden jetzt in allen Fällen direkt von den Unternehmen ausgezahlt, die sie mit den Beträgen kompensieren, die für diesen Zweck bestehen, und wenn diese nicht ausreichen, mit Beträgen für das Pensionierungssystem.

***

Boldt hat einen Teil der Darlehen kapitalisiert, die sie der Trilenium, die das Spielkasino in Tigre verwaltet, gewährt hat. Damit kontrolliert sie das Unternehmen, an dem auch Tren de la Costa (Soldati-Gruppa), bisher beide zu gleichen Teilen, beteiligt waren. Durch die alleine durchgeführte Kapitalaufstockung um $ 3,56 Mio. hält Boldt nun knapp über 56,01%. Die Aktionäre von Tren de la Costa haben jedoch ein Vorkaufsrecht für jene Aktien, die bis zu 50% Beteiligung gewähren. Es gilt bis zum jeweils früheren Termin: dem 30.6.02 oder bis 60 Tage nach Inkrafttreten des Gläubigerabkommens im Konkursantrag gegen Tren de la Costa.

***

Die argentinischen Behörden haben der Dinar Fluggesellschaft die Bewilligung für 15 Jahre erteilt, innerhalb von 180 Tagen anfangs 3 Wochenflüge zwischen Buenos Aires und den brasilianischen Puerto Seguro und San Salvador de Bahía durchzuführen. Dinar bereitet auch ihren Jungfernflug zwischen Salta und Jujuy und Sao Paulo am 9.7. vor. Dieser Dienst soll die derzeitige Notwendigkeit der Fluggäste aus den argentinischen Nordprovinzen erübrigen, nach Brasilien über Buenos Aires fliegen zu müssen.

***

Die Autobahnkonzessionärin Autopistas de Sol gab Investitionen von $ 65 Mio. für etwa 40 verschiedene Bauvorhaben bekannt, die noch in diesem Geschäftsjahr an der Nordzufahrt und der Avenida General Paz durchgeführt werden sollen. Die meisten waren im ursprünglichen Konzessionsvertrag entweder nicht vorgesehen, oder sie wurden gegenüber den ursprünglichen Auflagen bis um Jahre vorverlegt. Seit Beginn der bereits 7 Jahre dauernden Konzession hat das Unternehmen über $ 800 Mio. investiert.

***

Quickfood SA, San Jorge, Pro-

Neue Presspanplattenfabrik in Misiones

Die Firma Alto Paraná, die grösste Herstellerin langfaseriger Zellulose für die Papierindustrie im Mercosur, investiert U$S 60 Mio. in eine Fabrik für Presspanplatten mittlerer Dichte in Puerto Piray, Misiones. Die Investition erfolgt im Rahmen des Investitionsprogramms von U$S 300 Mio. für Argentinien und Chile, das von Celco (Celulosa Arauco y Constitución) bekannt gegeben wurde, dem grössten Unternehmen der chileischen Angelinigruppe, die Inhaberin von Alto Paraná ist.

Das Unternehmen betreibt in Argentinien bereits eine Zellulosefabrik, ein Sägewerk in Puerto Piray, das 200.000 cbm Holz im Jahr verarbeitet und 79.000 ha aufgeforstete Fichtenwälder. Mit der Errichtung der Presspanplattenfabrik wird die Firma hier in einem dritten Fertigungsbereich tätig.

Die Presspanplattenerzeugung soll im April 2002 anlaufen und 240.000 cbm im Jahr liefern. Ein Teil derselben sei in Konkurrenz mit Masisa und Ferrum vorwiegend für die heimische Möbelindustrie bestimmt, ein weiterer für den Mercosur und der Rest soll nach Übersee ausgeführt werden. Das Aufforstungsprogramm des Unternehmens soll um 7.000 ha erweitert werden, was bereits im Investitionsprogrammm für 2001 vorgesehen war.

Die Zelluloseproduktion von Alto Paraná beträgt rd. 310.000 Jato. 75% davon werden nach Europa, Asien, Brasilien und Südafrika exportiert. Celco ist eines der grössten Forstunternehmen der Welt, sowohl nach Forstflächen als auch nach der Holz- und Zelluloseproduktion. In Chile besitzt die Firma 595.000 ha Wälder, vorwiegend Fichten, und drei Zellulosefabriken, Arauco, Constitución und Lincacel.

Weniger Börsenmitglieder

Die anhaltende Rezession des Landes hat auch seinen Kapitalmarkt beeinträchtigt. Mehrere Unternehmen haben sich von der Börse zurückgezogen und Tecnometal, die bereits zu Jahresbeginn die Absicht bekanntgegeben hatte, nicht mehr zu notieren, hat sich nun seit 1995 als 60. Unternehmen von der Börse zurückgezogen.

Die Zahl ist jedoch nicht bedeutend, wenn man berücksichtigt, dass im Jahr 1968 noch 631 Firmen an der Handelsbörse von Buenos Aires kotiert haben und es derzeit nicht mehr als 115 sind. In Chile notieren zur Zeit 291 Unternehmen an der Börse, in Brasilien 532.

Im Gegensatz ist die Zahl der ausländischen Unternehmen, die durch Hinterlegungszertifikate Cedear (Certificados de Depósito Argentinos) an der Börse von Buenos Aires aufscheinen, auf über 150 gestiegen, ohne die Börsengeschäfte zu berücksichten, die über hiesige Börsenmakler auf ausländischen Finanzmärkten getätigt werden.

Wie die Handelsbörse von Buenos Aires weiter berichtet, sind seit 1995 bei öffentlichen Angeboten 32 Firmen aufgetreten, die um $ 152 Mio. kapitalisiert haben. Davon sind allerdings $ 139 Mio. von spanischen Unternehmen, die Aktientausche durchgeführt haben, wie die Banco Santander Central Hispano, Repsol-YPF und Telefónica.

Nach Angaben des Wertschriftemarktes gab es 1991 insgesamt 176 Börsenmakler und -gesellschaften, während es heute 146 sind, wobei jedoch Fusionen und andere Zusammenschlüsse zu berücksichtigen sind.

vinz Santa Fe, gab die vorübergehende Schliessung einer ihrer Schlachthöfe bekannt. Die Fleischausfuhrsperre habe ihre Umsätze um 30% verringert.

***

Neben dem Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP), in dem die Steuer- und Zollämter vereint sind, soll ein weiteres, für das Inkasso der Sozialabgaben zuständiges Amt geschaffen werden, das vom Sozialministerium abhängen würde. Es wird erwogen, dieses Amt in eine staatliche oder private AG umzuwandeln. Die aussergewöhnlichen Machtbefugnisse, die der Wrtschaftsführung für ein Jahr gewährt wurden, schliessen diese Möglichkeit ein. Sie soll Teil der Besprechungen mit dem IWF gewesen sein.

***

Die Supermarktkette Coto hat einen Kredit von U$S 175 Mio. auf 3 Jahre zu 8,44% Jahreszinsen erhalten. Ein Bankensyndikat der Citibank, Salomon Smith Barney, Credit Suisse First Boston, BBVA-Banco Francés Galicia und Nación unter der Federführung der JP Morgan und der Rabobank, dem sich weitere Banken anschliessen könnten, gewährte das Darlehen, von dem U$S 100 Mio. für die Rückzahlung eines Kredites der Lehman Brothers aus dem Jahr 1998 bestimmt sind und U$S 75 Mio., zusammen mit U$S 275 Mio. aus Eigenmitteln des Unternehmens, das Expansionsprogramm der nächsten 3 Jahre finanzieren werden.

***

Der Gouverneur von Córdoba hat seine Provinzbank als eine schwere Last bezeichnet. Es werde U$S 700 Mio. kosten, sie verkaufsfähig zu machen. Im Fernsehen machte er seine Vorgänger Angeloz und Mestre für die Verschuldung um U$S 1,2 Mrd. verantwortlich. Die Bank funktioniere nur, weil die Öffentliche Hand und die Provinz ihre Garanten seien. Die Bank habe den vorhergehenden Provinzregierungen, die sich mit Banggeldern finanzierten, mehr Mittel zur Verfügung gestellt, als zulässig war. Während der genannten Regierungen hätte die Bank im Durchschnitt monatlich $ 5 Mio. verloren, bis sie auf die genannten U$S 1,2 Mrd. kam.

***

Wirtschaftsminister Cavallo kündigte die Schaffung eines Beraterkomitees unter Staatssekretär Sturzenegger an, das feststellen soll, welche Wirtschaftsbereiche durch Steuersenkungen zu begünstigen seien, da die Finanzlage allgemeine Steuerverringerungen nicht zuliessen. Auch würden gewisse Wirtschaftsbereiche durch Erhöhungen der MwSt.- und Gewinnsteuersätze betroffen werden, die im Rahmen der Sondervollmachten des Wirtschaftsministeriums bestimmt werden.

***

Infrastrukturminister Bastos gab den Ausschreibungsplan für das Infrastrukturprogramm bekannt. Die ersten, als unerlässlich bezeichneten Vorhaben, würden $ 460 Mio. erfordern.

***

Für die Wahlen zur Erneuerung des Börsenvorstandes wurde nur die Liste unter H. D'Alessandro eingereicht. Sie erhielt 450 Stimmen. Die Börse hat 4.781 Mitglieder. Die Wiederwahl von Juan B. Paña als Präsident scheint gesichert.

***

Vizeminister Daniel Marx gab gestern die Verringerung von Steuern für folgende Industrien bekannt: Bekleidung, Textilien und Schuhe. Es geht hier um die Abschaffung der Steuern auf gezahlte Zinsen, auf den mutmasslichen Gewinn und die MwSt. auf die Beschaffung von Kapitalgütern. Dadurch sollen die Produktionskosten gesenkt und Arbeitsplätze geschaffen werden.

***

Wirtschaftsminister Cavallo ist gestern Abend in Begleitung von Daniel Marx, Finanzsekretär und Vizeminister, nach Washington gereist, um heute an der Frühlingstagung des IWF und der Weltbank teilzunehmen. Er wird den Vorsitz des Komitees für Geld- und Finanzpolitik führen.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Finanzkrise und Ausblick

Mit einem Höchststand der Länderrisikoprämie von 1.300 Basispunkten über US-Treasuries entlud sich die gegen Ende der Vorwoche eingeläutete Finanzkrise am Montag der Berichtswoche. Dieser Indikator ist freilich nur die Kehrseite der massiven Verkäufe argentinischer Bonds, die die Preise fühlbar senkten, so dass in der Folge die Prämie ermittelt wurde. Sie bedeutet im Klartext 13% über 5% US-Treasuries, zusammen 18% Zinssatz für Bonds, die niemand zu diesem Satz erwirbt, weil die Zahlungseinstellung blühen würde.

Offenbar befürchteten zahlreiche Financiers zumal in New York, dass Argentinien die Zahlungen der Staatsschulden einstellen würde, so dass sie argentinische Bonds massiv veräusserten und gegebenenfalls den Verlust einsteckten. Die Käufer spekulierten umgekehrt mit einer bevorstehenden Sanierung der argentinischen Finanzen, so dass die Bonds im Preis steigen würden, während die Länderrisikoprämie fällt.

US-Präsident George W. Bush erklärte in Quebec anlässlich der Gipfelkonferenz über die Freihandelszone des Kontinents, Spanisch im Kürzel als ALCA bekannt, dass seine Regierung Argentinien notfalls finanziell unterstützen würde, allerdings nicht direkt, sondern auf dem Umweg internationaler Finanzanstalten (lies Fonds, Weltbank und BID). Das US-Schatzamt erklärte hierzu, dass kein argentinischer Antrag vorliege. Trotzdem bewirkt die Erklärung Bushs eine Hilfe für Argentinien. Sie bedeutet unterschwellig, dass Argentinien nicht in die Zahlungseinstellung fallen gelassen werden wird, weil das als gewaltiges internationales Finanzrisiko angesehen wird. Argentinien hat rund ein Viertel aller Bonds sogenannter „emerging countries", zu Deutsch Schwellenländer, ausgegeben, so dass andere Schwellenländer in der Krise mitgerissen werden würden. Brasilien leidet bereits an dieser Ansteckung mit vermehrter Abwertung des Real bei höherem Zinssatz des Leitzinses Selic der Zentralbank.

Unterdessen hat die Mission des Internationalen Währungsfonds, die der Chilene Tomás Reichmann leitet, die Verhandlungen mit der Wirtschaftsführung abgeschlossen. Minister Cavallo hat den Kontakt zur Delegation gemieden, wird aber Anfang kommender Woche in Washington mit Fondsdirektor Horst Köhler angeblich eine Übereinkunft erreichen. Ein neues Verständigungsmemorandum mag nächste Woche vereinbart und veröffentlicht werden.

Wirtschaftsminister Cavallo verteilte in einer Sitzung mit über 30 Nationalökonomen mehrere Grafiken und Statistiken mit Titeln und Kommentaren in englischer Sprache, die er offenbar in Washington zeigen wird. Das Fiskalprogramm für 2001 wird neu berechnet, ausgehend von $ 6,5 Mrd. vereinbartes Haushaltsdefizit mit dem Fonds. Im ersten Quartal wurde der Fehlbetrag um $ 1.022 Mio. überzogen, der auf $ 3,2 Mrd. für das ganze Jahr hochgerechnet wird. Hierfür ist ein Dispens des Fonds erforderlich. Die Steuer auf Belastungen und Gutschriften von Kontokorrentdepositen soll $ 2.190 Mio. einbringen und die Staatsausgaben sollen um $ 779 Mio. gesenkt werden, zuzüglich Einsparungen von $ 231 Mio, wodurch die $ 3,2 Mrd. zusätzliches Defizit ausgeräumt werden sollen, immer unter der unwahrscheinlichen Voraussetzung, dass diese Zahlen stimmen.

Hinzu kommt die Erwartung des Wirtschaftswachstums von 2,5% für 2001, an der Cavallo festhält, wogegen die Fondsmission mit nur 2,0% rechnet. Nullwachstum erscheint indessen wahrscheinlicher, nachdem im ersten und zweiten Quartal mit Rezession, lies BIP-Abnahme, gerechnet werden muss und die Zinssätze im Inland nach wie vor hoch bleiben und die Wirtschaftsbelebung abwürgen. Mit Nullwachstum werden die Steuereinnahmen sicherlich weniger einbringen als erwartet, solange Steuerhinterzieher nicht echt zur Kasse gebracht werden, indem private Firmen hierfür eingeschaltet werden.

Minister Cavallo verniedlichte die Staatsschulden Argentiniens in einem Artikel, den die Londoner „Financial Times" veröffentlichte und der in der spanischen Fassung in lokalen Zeitungen verbreitet wurde. Die Schuldenquote (Staatsschulden, bezogen auf das BIP) wurde von Cavallo für 1999 mit rund 50% angegeben, ungleich weniger als ein Dutzend Schwellen- und Industrieländer. Argentinien finanziert die Staatsschulden indessen weitgehend im Ausland anstatt am heimischen Kapitalmarkt wie andere verschuldete Länder.

Nach bisherigen Zahlen für 2000 betragen die Schulden des nationalen Schatzamtes $ 128 Mrd., die der Gliedstaaten etwa $ 24 Mrd. und der Gemeinden möglicherweise $ 4 Mrd, zusammen $ 156 Mrd., die bezogen auf ein BIP von $ 280 Mrd. 55% Schuldenquote ergeben.

Für Ende 2001 darf füglich vorweggenommen werden, dass die nationalen Schulden auf $ 135 Mrd. klettern, sofern der Euro nicht aufwertet, wie es Cavallo vorwegnimmt, weil dann der Schuldenstand in Peso zunimmt. Die Gliedstaaten dürften $ 26 Mrd. und die Gemeinden $ 4 Mrd. ausweisen, zusammen $ 165 Mrd. gleich 59% beim gleichen BIP wie 2000. Argentinien gerät hiermit an den Rand der Schuldenquote von 60% des BIP laut Maastricht-Vertrag in Europa, möglicherweise sogar darüber je nach Eurokurs und BIP. Eine Verniedlichung der Staatsschulden ist somit fehl am Platz, auch wenn Cavallos Erklärung entschieden zutrifft, dass eine Zahlungseinstellung Argentinien in eine tiefere Rezession stürzen und niemandem helfen würde. Dieses Szenarium, das Fonds-Vizedirektor Stanley Fischer dieser Tage als dramatisch kennzeichnete, soll verhütet werden, wenn es gelingt, das neue Abkommen mit dem Währungsfonds zu vereinbaren und danach die Staatsausgaben echt zu senken, während die Steuereintreibung verbessert wird.

Exit ZB-Chef Pedro Pou

Das mehrmonatige Kesseltreiben gegen den Präsidenten der Zentralbank, Ing. Pedro Pou, hat dieser Tage bewirkt, dass die Kongresskommision den Staatschef anheimstellte, ihn zu entlassen, was Dr. Fernando de la Rúa im Einklang mit seinem Wirtschaftsminister Domingo Cavallo am gleichen Tag nachvollzog. ZB-Vizepräsident Martín Lagos trat da-raufhin auch zurück.

Die effiziente Leistung Pous als echter Währungshüter konnte ihn nicht gegen die Angriffe der Deputierten Carrió und Gutiérrez in Sachen angeblicher Geldwäsche retten, zumal er zuletzt in offenem Konflikt mit dem Wirtschaftsminister Cavallo über dessen betont expansive Geldpolitik geriet. Die Kongresskommission hielt Pou vor, dass er als Aufseher der Banken nicht sorgfältig gehandelt, dass er sich angeblich antisemitischer Äusserungen schuldig gemacht und dass er es unterlassen hat, verdächtige Geldgeschäfte einiger Banken, insbesondere der Banco República des Financiers Raúl Moneta, aufzudecken und vor Gericht anzuzeigen.

Pou vertrat die Ansicht, dass die Zentralbank keine Ermittlungsstelle für Geldwäsche, Drogengeschäfte und Steuerhinterziehungen ist, doch die Kommission ging nicht auf sein Argument ein. Sie glaubt, dass die Zentralbank alle Finanzgeschäfte der Banken durchleuchten muss, um sogleich einzugreifen, wenn Verdacht geschöpft wird. Diese Aufgabe wurde inzwischen einer Sonderstelle im Justizministerium übertragen, die bisher nichts zu Tage gebracht hat und solchen dubiosen Geldgeschäften nur auf die Spur kommen dürfte, wenn sie von dritter Seite angezeigt werden.

Die Leistungen Pous, den Peso in zehn Jahren nie abgewertet, das Bankensystem saniert und die Währungsreserven aufgestockt zu haben, wurden ihm nicht angerechnet. Diese Leistungen, vielfach inmitten heftiger Finanzkrisen und dauernder Gerüchte über angebliche Abwertungen, sind entschieden ungleich wichtiger als die ihm angelasteten Fehltritte in der Bankenaufsicht. Die argentinischen Sparer mögen sich bei Pou bedanken, dass sie unter seiner Leitung der Zentralbank nie beraubt worden sind. Sein politisch unrühmlicher Abgang stellt der argentinischen Politik ein denkbar schlechtes Zeugnis aus, zumal auch deutliche Vergeltungsspitzen sichtbar wurden.

So wurde Pou auch vorgehalten, dass er der Aufgabe, die Landeswährung zu verteidigen, mit seinen Vorschlägen zur Dollarisierung nicht gerecht wurde. Das Dollarsierungskonzept ist sicherlich nicht machbar, geht es doch mit einer Zunahme des Defizits im Schatzamt kraft Zinsenverlust der in US-Treasuries angelegten Reserven von angenommenen $ 800 Mio. einher, doch darf Pou sein Recht nicht abgesprochen werden, seine Meinung zur besten Währungsverfassung zu äussern. Dass gegen Pou auch gleichzeitig auf Menem und seine zehnjährige Regierung scharf geschossen wird, entspricht den üblichen Gepflogenheiten Argentiniens, stets die Vorgängerregierung für allerlei Missstände verantwortlich zu machen.

An Stelle Pous wurde der Bankier Roque Maccarone zunächst kommissarisch ernannt, bis der Senat seine Ernennung absegnet. Mit Maccarone gelangt ein Bankpraktiker an die Spitze der Notenbank, der seine Laufbahn in der Banco Río des Konzerns Pérez Companc bis zum Vorsitz durchlaufen, zeitweise den Vorsitz des Bankenverbandes Adeba ausgeübt und als Finanzsekretär im damaligen Kabinett von Wirtschaftsminister Cavallo gewirkt hat, ehe er als Präsident der in den Korruptionsskandal mit IBM verwickelten Banco de la Nación Argentina ernannt wurde. Zuletzt wirkte Maccarone als Berater der Banco de Galicia, grösste private Geschäftsbank im Land.

Maccarone dürfte als Bankenaufseher Einsicht in die Bankgeschäfte besitzen und vorsichtig agieren, wenn Skandale auftauchen, wie es immer wieder geschieht. Indessen ist es eine offene Frage, ob Maccarone als Währungshüter und Verwalter der Konvertibilität auch so effizient wie Pou wirken mag, zumal Minister Cavallo bisher gezeigt hat, dass er geneigt ist, die Notenbank zur Geldschöpfung zu verleiten. Abnehmende Bankdepositen und Währungsreserven, neuerdings unter der bisherigen Schallgrenze von U$S 22 Mrd. gegenüber des bisherigen Rekords von U$S 27 Mrd. Mitte 2000, ebenso fallender Geldumlauf von $ 800 Mio., was Käufe von Dollargeldscheinen signalisiert, sind deutliche Zeichen der Unruhe und des Misstrauens, dass die Konvertibilität jetzt nicht mehr so fest in vorgeschriebene Regeln eingebaut ist, die strikt eingehalten werden. Maccarone wird sich bemühen müssen, das angeschlagene Vertrauen wieder aufzupolieren.

Zunächst hat er sich gegen die Aufnahme des Euro in die Konvertibilität ausgesprochen, die Minister Cavallo am Herzen liegt, aber von der Öffentlichkeit weitgehend abgelehnt wird. Der Kongress hat hierzu das letzte Wort, nachdem Präsident de la Rúa bereits darauf verwies, dass keinerlei Eile besteht.

Die geplante freiwillige Grossumschuldung

Einige Zeitungen, besonders „Ambito Financiero“, brachten am Donnerstag die Meldung über die Absicht der Wirtschaftsführung, ein neues Staatspapier für U$S 20 Mrd. auszugeben, zwecks Tausch gegen bestehende Titel. Die neuen Bonds sollen auf 6, 10 oder 12 und 20 Jahre laufen, mit drei Jahren Karenzfrist (während der weder Amortisationen noch Zinsen gezahlt werden) und mit einem Zinssatz, der unter der Rentabilität der bestehenden Staatspapiere liegt. Was diese Titel attraktiv gestalten soll, ist der Umstand, dass sie mit Steuereinnahmen des Nationalstaates garantiert und eventuell auch mit einer Teilgarantie der Weltbank versehen werden, die schon Anfang 1999 argentinische Titel teilweise garantiert hat. Dem IWF ist es hingegen statutenmässig verboten, Garantien für Staatspapiere auszu-stellen.

Es handelt sich somit nicht um eine Zwangsumschuldung, wie sie u.a. der US-Finanzprofessor Charles Calomiris empfohlen hat (was sofort den Zorn Cavallos herbeigeführt hat), sondern um einen freiwilligen Tausch. Die Inhaber von Staatspapieren sollen zum Tausch bewogen werden, weil sie Rentabilität und kurze Fristen gegen eine viel bessere Garantie eintauschen. Wenn das Schatzamt zahlt, wie es bei den bestehenden Titeln der Fall ist, ist die Zahlung nicht sicher, da die Regierung beschliessen kann, nicht zu zahlen. Wenn die Steuereinnahmen die Zahlung sichern, so bedeutet das, dass die Banco Nación den unwiederruflichen Auftrag erhält, Zinsen und Amortisationen fristgemäss zu zahlen. Wenn die Regierung nicht zahlt, so handelt es sich um eine politische Handlung; wenn die Bank nicht zahlt, also den Auftrag nicht durchführt, dann handelt es sich um eine Unregelmässigkeit, für die die Direktoren persönlich verantwortlich sind. Auch kann sich eine Bank nicht den Scherz leisten, den Zahlungsauftrag nicht durchzuführen, da sie dann faktisch keine Bank mehr sein würde. Wenn noch eine Weltbankgarantie hinzukommt, dann ist es noch besser. Es war auch davon die Rede, dass die Weltbank die Titel garantiert und eine Gegengarantie auf der Basis der Steuereinnahmen erhält. Das wäre das beste; denn dann währen diese Titel „Investment grade“ und könnten zu 6% bei den grossen Investment-Fonds untergebracht werden.

Für die argentinischen Finanzen bedeuten diese Titel nicht nur eine Verringerung der Zinslast, sondern eine unmittelbare Erleichterung während der kommenden drei Jahre. Da bei der staatlichen Buchführung nur gezahlte Zinsen als Ausgabe verbucht werden, und nicht auch geschuldete Zinsen, wie es bei privater Buchführung der Fall ist, würden die Staatsausgaben in den kommenden Jahren um bis zu $ 2 Mrd. sinken. Das erleichtert den Weg zum Budgetausgleich. Binnen drei Jahren sollte es dann möglich sein, Ersparnise bei den Staatsausgaben zu erzielen, die durch strukturelle Reformen beim Staat erreicht werden, die jetzt angeblich eingeleitet werden. Für diesen Zweck wird jetzt Marcos Makón verpflichtet, der bis vor kurzem schon diese Problematik als Staatssekretär des Kabinettschefs bearbeitete. Unter López Murphy sollte Manuel Solanet sich damit befassen. Abgesehen davon, muss man berücksichtigen, dass in den kommenden Jahren gelegentlich eine grosse Ersparnis eintritt, wenn das staatliche Rentensystem langsam zu Ende geht (weil die Rentner sterben), und die neuen Rentner von den privaten Kassen bezahlt werden. In etwa 20 Jahren spart das Schatzamt dabei an die $ 15 Mrd. jährlich. Es ist also richtig gedacht, wenn man Staatsausgaben hinausschiebt.

Indessen liegt der Fall nicht so einfach. Vizewirtschaftsminister Daniel Marx u.a. Mitglieder des Wirtschaftskabinetts wiesen bei einer Unerredung mit prominenten Wirtschaftlern am Donnerstag darauf hin, dass die Gewährung der Garantie mit Steuereinnahmen nicht so einfach sei, weil andere Staatspapiere die Klausel enthalten, dass keine anderen Ttitel mit besserer Garantie ausgegeben werden können. Über dieses Problem grübeln die Rechtsberater

des Ministers. Was den Kongress betrifft, der beim Vollmachtengesetz die Möglichkeit der Garantie mit Steuereinnahmen ausgeschlossen hat, so seien die Deputierten und Senatoren nicht bereit, eine allgemeine Garantie zuzulassen, wohl doch eine besondere für konkrete Fälle.

Das andere noch ungelöste Problem ist der Zinssatz. Bei der gegenwärtigen Konstellation müssten diese langfristigen Titel mit einem relativ hohen Zinssatz versehen werden, da die Basis, nämlich die effektive Rentabilität der bestehenden Papiere, jetzt anormal hoch ist. Marx meinte, dass zuerst das neue Abkommen mit dem IWF abgeschlossen werden muss, über das Cavallo und er Anfang nächster Woche in Washington verhandeln werden. Wenn sich die Gemüter beruhigen und die Länderrisikorate wieder „normal“ ist, kann über diese Umschuldung gesprochen werden. Gewiss handelt es sich bei der Ausgabe dieser neuen Bonds um eine gute Idee, wobei es auch positiv ist, dass dies bekannt geworden ist, da es zeigt, dass die Wirtschaftsführung an eine globale Lösung des Schuldenproblems denkt; aber das Projekt muss eben noch reifen.